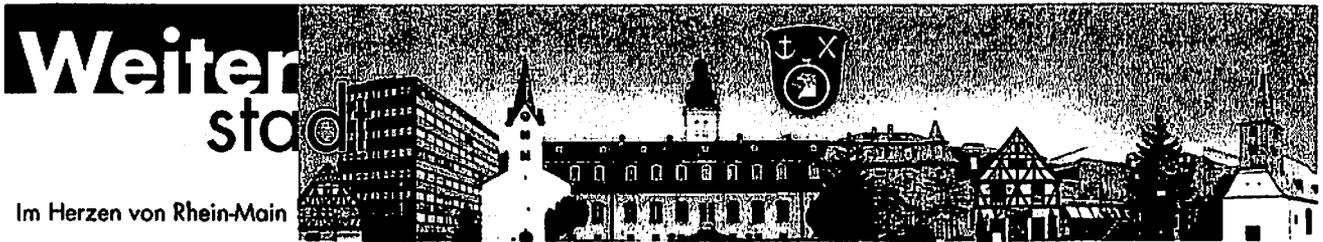


2. d. A



STADT WEITERSTADT • RIEDBAHNSTRASSE 6 • 64331 WEITERSTADT

Regierungspräsidium Darmstadt  
Wilhelminenstraße 1-3  
Dezernat IV/DA  
64283 Darmstadt

*abges. am  
24.05.11  
Wil*

➔ Technische Verwaltung

☎ 06150/400-0  
☎ 06150/400-3109  
📍 Riedbahnstraße 6  
64331 Weiterstadt  
Zimmer-Nr. 305  
🌐 <http://www.weiterstadt.de>  
✉ [georg.latocha@weiterstadt.de](mailto:georg.latocha@weiterstadt.de)

Sachbearbeiter: Herr Latocha  
Durchwahl: 06150/400-3202

Sprechzeiten:  
MO - FR 08.00 - 12.00 Uhr  
MI 14.00 - 18.00 Uhr

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Datum
--------------	--------------------	----------------	-------

Vorhaben der Fa. Baustoffaufbereitung K + S GmbH, Auf der Hardt / Deponie an der B42

Gemarkung	Büttelborn
Flur	7
Flurstück	213/7
in	64572 Büttelborn

Errichtung und Betrieb einer Anlage zur vorübergehenden Lagerung und Behandlung von gefährlichen und nicht gefährlichen Böden, Schlämmen, Filterstäuben, Aschen etc.

Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, (RP Darmstadt, Aktenzeichen IV/DA 42.2 100h 14.05-K+S-BB-).

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Stadt Weiterstadt erhebt folgende Einwendungen:

1. Aufgrund der möglichen negativen Auswirkungen auf das Gebiet der Stadt Weiterstadt und somit als direkt betroffene Gebietskörperschaft, verlangt die Stadt an den Verfahren förmlich beteiligt zu werden. Dies ist bisher versäumt worden. Die Stadt Weiterstadt behält sich aus diesem Grund weitere rechtliche Schritte vor.

2. Die Liste der neu beantragten Stoffe zur Verarbeitung enthält erheblich mehr Stoffe, die mit dem Zusatz "gefährlich" gekennzeichnet sind (u. a. Farb- und Lackschlämme, diverse Filterstäube aus Kraftwerken, Quecksilber enthaltende Bauabfälle, PCB-haltige Bauabfälle, etc.), als bislang in der bereits genehmigten Stoffliste aufgeführt sind. Die zu verarbeitende Menge gefährlicher Stoffe hat einen enormen Umfang von 80.000 t pro Jahr bei einem Gesamtdurchsatz der Anlage von 200.000 t Pro Jahr (d.h. bis zu 50 LKW-Ladungen pro Tag); aus den Unterlagen geht nur unzureichend hervor, welche Stoffströme in der Bodenbehandlungsanlage verarbeitet und anschließend auf der Deponie eingelagert werden sollen. Weiterhin wird eine Darstellung der Transportwege und Transportmechanismen der neu beantragten Anlage in Verbindung mit den bestehenden Anlagen auf dem Gelände durch Förderbänder und/oder Radladertransporte, etc. insbesondere im Hinblick auf die Staubentwicklung benötigt. Die Stadt Weiterstadt fordert eine Gesamtbetrachtung und Gefährdungsanalyse dieser Stoffströme im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.
3. Die Vorprüfung zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durch den Antragsteller (bzw. das beauftragte Büro Görisch) enthält zum unmittelbar östlich angrenzenden Naturschutzgebiet lediglich die Feststellung, dass dies nicht gefährdet sei, ohne weitere Begründung. Die Stadt Weiterstadt fordert innerhalb des Genehmigungsverfahrens eine genauere Betrachtung dieses Themas sowie die Einholung von Stellungnahmen der anerkannten Naturschutzverbände, bzw. der damit betrauten Behörden.
4. Die Vorprüfung zur UVP durch den Antragsteller (bzw. das beauftragte Büro Görisch) behandelt das Thema Luftreinhaltung mit Hinweis die geschlossene Halle und eine Ablufferfassungsanlage (ohne weitere Details) nicht umfassend genug. Die Stadt Weiterstadt fordert deshalb unter besonderem Hinweis auf die häufigen Westwindlagen innerhalb des Genehmigungsverfahrens die Erstellung eines Gutachtens über „diffuse Immissionen“ der beantragten Anlage, bzw. eine sog. „Immissionsprognose“ im Abstand bis zu 2 km (oder 50\*Schornsteinhöhe). In diesem Bereich befinden sich einerseits Wohngebiete (u. a. Wohnbebauung im Außenbereich), die beeinträchtigt werden können, andererseits wird in nicht unerheblichem Umfang dort Landwirtschaft betrieben, hier verweisen wir besonders auf die Sonderkulturen zur Nahrungsmittelerzeugung.
5. Weiterhin ist das Thema Grundwasserschutz in den Antragsunterlagen nicht ausreichend betrachtet. Die Stadt Weiterstadt fordert deshalb innerhalb des Genehmigungsverfahrens eine umfassende Prüfung dieser Umweltgefährdung.
6. Aufgrund der vorgenannten Punkte fordert die Stadt Weiterstadt eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung der beantragten Bodenbehandlungsanlage und die anschließende Vorlage der Ergebnisse der UVP. Weiterhin hält es die Stadt Weiterstadt für unabdingbar, im Falle der Genehmigung der Bodenbehandlungsanlage ein umfassendes Umweltmonitoring-System (permanente Abluftkontrolle der Anlage, Messung der Immissionen im Außenbereich der Anlage in Luft und Boden, regelmäßige Bodenproben

in den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen, Grundwasserkontrolle, etc.) rund um die Anlage einzurichten.

7. Die Stadt Weiterstadt fordert weiterhin die Prüfung der beantragten Bodenbehandlungsanlage unter dem Gesichtspunkt der Sicherung gegen Staubexplosionen. Fernerhin fordert die Stadt Weiterstadt die Prüfung des Antrags in Bezug auf das Brandschutzkonzept der Bodenbehandlungsanlage hinsichtlich folgender Punkte:

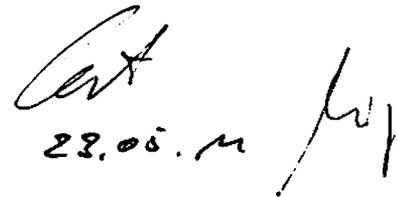
- a) Notwendigkeit einer CO-Warnanlage
- b) Notwendigkeit einer selbstauslösende Feuerlöschanlage
- c) Planung einer Brandmelde- und Alarmierungsanlage
- d) Notwendigkeit einer Notstromversorgung (USV) für die Sicherheitseinrichtungen

Weiterhin sollte die Einbindung des Brandschutzkonzeptes der neu beantragten Bodenbehandlungsanlage in das Gesamtbrandschutzkonzept der Deponie untersucht werden, da es in den vergangenen Jahren dort zu mehreren Bränden gekommen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Möller  
Erster Stadtrat



23.05.2011